

Landtag Rheinland-Pfalz
I. Wahlperiode

Drucksache Abteilung I
Nr. 4

Ausgegeben am 14. August 1947

Stenographischer Bericht
über die
4. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

im großen Saale des Rathauses zu Koblenz
am 13. Juni 1947, 15.00 Uhr

Tagesordnung:

Regierungserklärung
des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Boden.

Am Regierungstisch:
Ministerpräsident Dr. Boden

Es fehlten:

Abg. Hertel, Dewald, Ludwig, Dr. Nowack, Wagner, Dr. Ritterspacher, Berthold, Migeot

Rednerverzeichnis:

Präsident: 24, 25	Müller (KPD.): 24
Ministerpräsident: 24	Neumayer (DP.): 24
Dr. Hoffmann (SPD.): 24	Altmeier (CDU.): 24

Beginn der Sitzung 15 Uhr.

Präsident Diel eröffnet um 15 Uhr die auf 14 Uhr anberaumte Nachmittagssitzung und gibt zunächst einige geschäftliche Mitteilungen bekannt. Darnach wird der Kulturausschuß nach Beendigung der Nachmittagssitzung zusammentreten.

Darnach erteilt der Präsident dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Boden das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Ministerpräsident Dr. Boden:

Meine Damen und Herren! In den zwei Jahren, in denen ich hier in Koblenz erst die Regierung Koblenz, dann das Oberpräsidium Rheinland-Hessen-Nassau und zuletzt auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf die Füße zu stellen geholfen habe, bin ich durchdrungen gewesen von dem Gedanken, alle wiederaufbaufähigen und bereiten Kräfte zusammenzuziehen, um dem Lande aus seiner Not zu helfen. Ich bin auch heute noch durchdrungen von diesem Gedanken. Ich habe aber leider bei meinen ersten Verhandlungen mit den maßgebenden Fraktionen in den verflossenen drei Stunden feststellen müssen, daß trotz der langen Vorbereitungen interfraktioneller Art mit einer sofortigen Lösung nicht zu rechnen ist. Ich werde mir aber, dessen dürfen Sie versichert sein, alle Mühe geben, diese Verhandlungen sofort weiterzuführen und alle erdenklichen Möglichkeiten zu erschöpfen trachten. Da aber die bisher noch im Amt befindliche vorläufige Landesregierung der demokratischen Grundlage entbehrt und um den bereits in die Debatte geworfenen Rechtsschwierigkeiten aus Art. 99 und 144 zu begegnen, halte ich eine sofortige Zwischenlösung durch Berufung eines Übergangskabinetts auf demokratischer Grundlage für erforderlich. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen schon bei dem nächsten Zusammentritt des Landtages die endgültige Regierung vorstellen zu können. Für das Übergangskabinett übertrage ich

Staatsminister Dr. Süsterhenn die Ministerien Justiz und Kultus,

Staatsminister Stübinger die Ministerien für Ernährung, Wirtschaft und Finanzen,

Staatsminister Junglas die Ministerien Wohlfahrt, Arbeit, Wiederaufbau und Verkehr,

und übernehme selbst neben dem Staatsministerium das Ministerium des Innern.

Ich bitte das Hohe Haus um Bestätigung dieses Übergangskabinetts gemäß Artikel 98 Absatz 2 der Verfassung.

Präsident:

Das Wort hat Kollege Dr. Hoffmann.

Abg. Dr. Hoffmann (SPD):

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat über ihre Bereitwilligkeit zur Mitübernahme von Verantwortung in einer Koalitionsregierung zu keinem Zeitpunkt irgendeinen Zweifel gelassen. Sie hat aber Bedingungen in personeller Hinsicht gestellt, wie sie in unserer Abstimmung bei der Wahl des Ministerpräsidenten zum Ausdruck gekommen sind. Wir sind auch von der Zweckmäßigkeit des aus formaljuristischen Gründen, die wir zudem für falsch halten, gewählten

Provisoriums nicht überzeugt, da solche Zwischenlösungen unklare Verantwortlichkeiten schaffen und eher zu einer Verzögerung als einer Beschleunigung einer dem Wahlergebnis entsprechenden Endlösung zu führen pflegen. Wir bedauern daher, dieser Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen zu können. Unsere Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen bleibt unberührt.

Präsident:

Das Wort hat der Abg. Müller.

Abg. Müller (KPD):

Die kommunistische Landtagsfraktion hat in einem Brief an die CDU und die anderen Parteien sowie in der Presse zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit ist, Verantwortung in der neuen Regierung zu übernehmen. Meine Fraktion erklärt jedoch, daß sie das jetzige Rumpfkabinett ablehnen muß. Auch als Übergangskabinett ist ein Einparteienkabinett untragbar und nicht im Stande, die schwierigen Fragen der Ernährung und des Wiederaufbaues zu lösen. Eine solche Einparteienregierung ist um so unhaltbarer, da die CDU die Verliererin war und über 100 000 Stimmen bei der letzten Wahl verloren hat. Die kommunistische Landtagsfraktion lehnt eine solche Regierungsspielerei ab und sieht die Möglichkeit zur Rettung unseres hungernden Volkes nur in der Bildung einer breiten demokratischen Volksregierung, getragen von allen demokratischen Parteien. Wir sind bereit, weiter darüber zu verhandeln.

Präsident:

Das Wort hat der Abg. Neumayer.

Abg. Neumayer (DP):

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Demokratischen Partei spricht dem neugebildeten Rumpfkabinett das Vertrauen aus. (Zuruf: Aha!) Sie ist der Auffassung, daß bei dem Ernst der Zeit ein Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte des Parlaments angestrebt werden muß. Die Verhandlungen, die zu einem solchen Zusammenschluß führen, nehmen aber eine gewisse Zeit in Anspruch. Sie können nicht übers Knie gebrochen werden. Wir betrachten daher das neue Kabinett als eine Zwischenlösung und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, die Regierung schon in absehbarer Zeit auf eine breitere Basis unter Einbeziehung aller aufbauwilligen Kräfte des Parlaments zu stellen.

Präsident:

Das Wort hat der Abg. Altmeier (CDU):

Abg. Altmeier (CDU):

Meine Damen und Herren! Wir haben soeben die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen. Meine Fraktion betrachtet diese jetzt vorgenommene Regierungsbildung als eine notwendige Übergangslösung, um dem Lande eine zweifelsfrei verfassungsmäßige Regierung zu sichern und damit den bisherigen Schwebezustand nicht noch weiter zu verlängern. Ich nehme aber diese Gelegenheit gleichzeitig wahr, um die an dieser Stelle vor wenigen Tagen abgegebene Erklärung, daß meine Fraktion nach

wie vor eine Regierung auf breitester, aufbauwilliger Grundlage anstrebt, nicht aufgegeben hat. Meine Fraktion und wir alle erwarten, daß die von dem Herrn Ministerpräsidenten nach dieser Seite zu führenden Verhandlungen, um eine Regierung auf dieser breiten aufbauwilligen Basis herbeizuführen, mit Energie fortgesetzt und nach unserem Wunsche in den nächsten Tagen bereits verwirklicht werden. (Bravo und Händeklatschen.)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Gemäß Art. 98 der Verfassung, auf den sich der Herr Ministerpräsident bereits bezogen hat, bedarf die Regierung zur Übernahme der Geschäfte der ausdrücklichen Bestätigung des Landtags. Wir müssen darüber abstimmen, ob der Landtag der Übergangsregierung diese Bestätigung gibt. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diese Bestätigung erteilen wollen, die rechte Hand zu erheben.

Ich darf feststellen, daß die Mehrheit dafür gestimmt hat. Der Antrag ist angenommen. Die Regierung ist

zur einstweiligen Übernahme der Geschäfte beauftragt. Ich schlage dem Haus vor, sich nunmehr zu vertragen.

Meine Damen und Herren! Die Verhandlungen, die der Herr Ministerpräsident und vermutlich auch die Fraktionen und Parteien miteinander zu führen haben, sind offenbar sehr schwierig. Ich bin deshalb nicht in der Lage, Ihnen einen festen Termin vorzuschlagen. Ich bitte das Hohe Haus um die Genehmigung, daß die Einberufung des Hohen Hauses von mir vorgenommen wird, sobald ich auf Grund der mir gewordenen Mitteilungen die Voraussetzungen als gegeben erachte.

Widerspruch hiergegen erhebt sich nicht. (Zuruf: Wenigstens eine Frist!) - Herr Kollege Dr. Hoffmann, wünschen Sie eine bestimmte Frist? Abg. Dr. Hoffmann: 14 Tage. - Ich darf also feststellen, meine Damen und Herren, daß entsprechend dem Wunsche einer großen Partei des Hauses der Landtag innerhalb von 14 Tagen durch mich einberufen wird. Ich stelle das fest und schließe die Sitzung.

Schluß 15.15 Uhr.